

Flugzeugabsturz, Präsidentenwahl - und weiter? Eine Bilanz des letzten halben Jahres in Polen

Gnauck, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gnauck, G. (2010). Flugzeugabsturz, Präsidentenwahl - und weiter? Eine Bilanz des letzten halben Jahres in Polen. *Polen-Analysen*, 75, 2-5. <https://doi.org/10.31205/PA.075.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLITISCHE BILANZ DES LETZTEN HALBEN JAHRES IN POLEN

- ANALYSE
Flugzeugabsturz, Präsidentenwahl – und weiter?
Eine Bilanz des letzten halben Jahres in Polen 2
Gerhard Gnauck, Warschau
- TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Bewertungen der Präsidentenwahl und der Lage in Polen 6

- CHRONIK
Vom 7. September bis zum 20. September 2010 9

Flugzeugabsturz, Präsidentenwahl – und weiter?

Eine Bilanz des letzten halben Jahres in Polen

Gerhard Gnauck, Warschau

Zusammenfassung

Der Flugzeugabsturz vom 10. April und die Stichwahl um das Präsidentenamt am 4. Juli 2010 waren die wichtigsten Marksteine in der jüngsten politischen Entwicklung in Polen. Das erste Datum führte überraschenderweise zu einer Art polnisch-polnischem Burgfrieden, zu innenpolitischer Mäßigung selbst im Wahlkampf und – aufgrund der russischen Anteilnahme – zu einer Welle der Sympathie für Russland. Auf das zweite Datum folgte eine Rückkehr der früheren innenpolitischen Polarisierung mit neuen Erscheinungen, etwa einer Debatte um das Verhältnis von Staat, Kirche und Religion. Allerdings hat der (unerwartet knappe) Wahlsieg des Regierungskandidaten Bronisław Komorowski eine Situation herbeigeführt, in der fortan nicht mehr eine schwierige Kohabitation, sondern Harmonie das Verhältnis von Präsident und Regierung bestimmen wird. Damit dürfte sich Polen dem politischen Mainstream in der Europäischen Union weiter annähern. Derweil hat in der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) von Jarosław Kaczyński ein beispielloser Richtungskampf begonnen.

Die Flugzeugtragödie vom April im russischen Smolensk, als Staatspräsident Lech Kaczyński, die Spitze der Armee, Politiker, hohe Beamte, Geistliche und andere Persönlichkeiten ums Leben kamen, ist aufgrund ihrer Schockwirkung mit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten verglichen worden. Der Vergleich hinkt natürlich. Er hinkt unter anderem deswegen, weil Politik und Gesellschaft in den USA in ihrer großen Mehrheit eine einheitliche Deutung des damaligen Ereignisses gefunden haben. In Polen dagegen zeichnete sich schon als sich Jarosław Kaczyński in der Nacht des 10. April in Smolensk weigerte, Beileidsbekundungen des russischen Regierungschefs Wladimir Putin und des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk entgegenzunehmen, ab, dass es zwei widerstreitende Sichtweisen auf diese Katastrophe, ihre Vor- und ihre Nachgeschichte geben würde. Nach Ende der notwendig gewordenen vorgezogenen Präsidentschaftswahlen trat dieser Konflikt offen zu Tage. Er dürfte noch geraume Zeit weiterwirken.

Um es hier vorwegzunehmen: In diesem Streit geht es nicht so sehr um die Vermutung, Terroristen oder russische Geheimdienste könnten den Flugzeugabsturz herbeigeführt haben. Es geht vor allem um die Ereignisse davor und danach. Vereinfacht gesagt: Das oppositionelle Lager der national-konservativen Partei *PiS*, der sich der verunglückte Staatspräsident Lech Kaczyński zugehörig fühlte und deren Vorsitzender sein Zwillingsbruder Jarosław ist, glaubt erstens an eine »politische und moralische Mitverantwortung« des Regierungslagers, weil es, auch aufgrund des innenpolitischen Dauerkonflikts zwischen Regierung und Staatspräsident, zu getrennten Gedenkfeiern im russischen Katyn gekommen war – die Regierungschefs Tusk und Putin waren

am 7. April in Katyn, Präsident Kaczyński flog mit seiner Delegation am 10. April. Zweitens kritisiert das Kaczyński-Lager, dass die Ermittlungen der russischen Seite schleppend verlaufen und dass die russischen Antworten auf wiederholte polnische Rechtshilfeersuchen in Sachen Flugzeugabsturz bisher ausgeblieben sind. Damit geht die Vermutung einher, dass die russische Seite etwas zu vertuschen habe, was den Zustand des Flughafens in Smolensk oder das Verhalten der russischen Fluglotsen betrifft.

Den ersten Kritikpunkt muss die polnische Regierung wohl nicht allzu ernst nehmen. Doch beim zweiten Punkt hat sich Anfang August erstmals Innenminister Jerzy Miller öffentlich mit Kritik an der russischen Seite zu Wort gemeldet. Mit Rückendeckung seines Regierungschefs mahnte Miller an, die russischen Ermittler sollten Aktenbände mit noch fehlenden Dokumenten über den Absturz zügig nach Warschau übermitteln. Mitte August wurden dann weitere Dokumente übergeben. Die Untersuchungen der zwei ermittelnden polnischen Organe, der Militärstaatsanwaltschaft und der von Miller geleiteten Kommission für die Untersuchung von Luftfahrtunfällen, dauern an.

Ein verhaltener Wahlkampf

Nachdem also am 10. April der Präsident und 95 Mitreisende ums Leben gekommen waren, begann für Polen eine dramatische Zeit: Immer wieder rollten Leichenwagen im Konvoi langsam durch die Straßen von Warschau, die von der trauernden Bevölkerung gesäumt waren, und die Staatsbegräbnisse wollten kein Ende nehmen. Auf Sejmmarschall Bronisław Komorowski, der zugleich Kandidat der regierenden liberal-konservativen *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) für die im

Herbst anberaumte reguläre Wahl des Staatspräsidenten war, kam gemäß Verfassung nun eine dritte Rolle zu: Im Todesfalle des Präsidenten übernimmt der Sejmmarschall dessen Amtsgeschäfte. Komorowski und auch Ministerpräsident Tusk haben die heikle Lage, in der die Opposition die Hälfte ihrer Führungsriege verloren hatte, behutsam und ohne größere Fehlritte gemeistert. Viel schwerer wiegend noch war die Tragödie für Oppositionsführer Jarosław Kaczyński. Auffallend war, dass trotz der Emotionen und des Ausfalls vieler Führungspersonen der Staat weitgehend reibungslos funktionierte, ohne Hahnenkämpfe und Kompetenzwirrwarr.

In der vorherrschenden Stimmung des Innehaltens, der Besinnung, auch der Würdigung der ums Leben gekommenen politischen Gegner herrschte lange Zeit eine spürbare Unlust, Wahlkampf zu führen. Darüber hinaus verstärkte das Hochwasser dieser Wochen diese Stimmung; es forderte mindestens 15 Menschenleben und laut Regierung wird die Beseitigung der Folgen dieser Katastrophe 12 Milliarden Zloty, also etwa 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, kosten. Als der Wahlkampf – kurz und relativ mild – schließlich in Gang kam, barg er eine große Überraschung: Der nationalkonservative Jarosław Kaczyński zeigte sich gemäßigt und rückte deutlich in die politische Mitte. Während des Hochwassers besuchte Kaczyński Frankfurt an der Oder, sandte Signale der Freundschaft an Deutsche und Russen und gestand frühere »Fehler« ein. Die Postkommunisten wolle er künftig nur noch »Linke« nennen, sagte er. Angesichts dieser Charmeoﬀensive waren die Wahlkämpfer des Regierungskandidaten Komorowski zeitweise ratlos, zumal Kaczyńskis Umfragewerte zu steigen begannen. Komorowski, ursprünglich der eindeutige Favorit, hielt sich in diesem »Wahlkampf der Eintracht«, wie er ihn abschließend nannte, sehr zurück.

Dennoch gelang es ihm, den ersten Wahlgang mit 41,5 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Kaczyński folgte mit 36,5 Prozent. Drittplatzierter wurde überraschend der junge, smarte Grzegorz Napieralski von der *Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* mit 13,7 Prozent. Der radikalliberale exzentrische Außenseiter Janusz Korwin-Mikke erhielt 2,48 Prozent. Es folgten Vizepremier Waldemar Pawlak, der Chef der mitregierenden *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, mit bemerkenswert schwachen 1,75 Prozent, Ex-Außenminister Andrzej Olechowski (1,44 Prozent), der einstige rabiate Bauernführer Andrzej Lepper (1,28 Prozent, womit sein politischer Abstieg besiegelt sein dürfte) und drei weitere Kandidaten.

Napieralski, seitdem Hoffnungsträger eines Milieus der linken Mitte, gab seinen Anhängern vor der Stichwahl keine Wahlempfehlung. Zwei Wochen nach dem

ersten Wahlgang folgte dann die Entscheidung: 53,0 Prozent für Komorowski, 47,0 für Kaczyński. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 54,9, im zweiten bei 55,3 Prozent, was für polnische Verhältnisse, auch angesichts der Urlaubszeit, gute Ergebnisse sind. Erwartungsgemäß siegte Komorowski nördlich und westlich einer gedachten Linie, die von der litauischen Grenze bis nach Oberschlesien reicht, Kaczyński östlich und südlich davon. Komorowski war vor allem in den großen Städten erfolgreich, bei jüngeren und besser ausgebildeten Wählern.

Ein optimistischer Anfang

Nun richteten sich aller Augen auf den Wahlsieger. Bronisław Komorowski wirkte, gerade aufgrund des ungewöhnlichen Wahlkampfes, auf manche Beobachter zunächst wie Christian Wulff in Deutschland: ein Mann des Establishments, solide, berechenbar, vielleicht auch langweilig, jedenfalls ein getreuer Gefolgsmann des Regierungschefs bzw. der -chefin. Allerdings ist die Biografie Komorowskis bewegter als jene seines deutschen Kollegen. Aus einer aristokratischen Familie aus den früheren polnischen Ostgebieten (Litauen) mit langem Stammbaum kommend, hatte der Vater von fünf Kindern schon früh als ein Mann mit wertkonservativer Ausstrahlung gegolten, der geeignet sei, den Kaczyńskis ihre Wähler abspenstig zu machen. Auch seine lupenreine *Solidarność*-Vergangenheit passt ins Bild: Schon in den 1970er Jahren war er in der Bürgerrechtsbewegung aktiv, wurde mehrmals verhaftet und war zur Zeit des Kriegsrechts interniert. Später war er Fachmann für Außen- und Verteidigungspolitik, 2000/01 Verteidigungsminister, seit 2007 Sejmmarschall.

Wie wird Komorowskis Präsidentschaft aussehen? Seine Lage im Wahlkampf war nicht einfach, war doch die Debatte in seiner Partei bisher in die Richtung gegangen, das Präsidentenamt durch die Änderung der Verfassung eher zu schwächen, um Reibereien mit der Regierung wie unter Lech Kaczyński zu minimieren. So hat Komorowski bald klarstellen müssen, dass mit einer Schwächung der präsidentialen Kompetenzen vor Ablauf seiner Amtszeit nicht zu rechnen sei. Laut geltender Verfassung hat er also erhebliche Befugnisse, auf Gesetzesvorhaben der Regierung (vor allem blockierend) einzuwirken. Doch das wird kaum sein Ziel sein.

In seiner Rede nach seiner Vereidigung am 6. August zeichnete das neue Staatsoberhaupt ein optimistisches Bild von der Lage Polens: »Wir leben in einem unabhängigen, sicheren und in der Welt respektierten Land.« Er wiederholte das Motto seines Wahlkampfes, das auch weiterhin wichtig bleibe: »Eintracht baut auf«, Eintracht sei besser als Kampf, Verachtung und Hass. Komorowski zog auch eine bemerkenswerte Bilanz der Zeit seit 1989:

»Die Systemtransformation ist vollzogen.« Allerdings müssten sich die beiden in dieser Zeit wiedergewonnenen Werte, »der eigene, unabhängige und demokratische Staat und eine freie, aktive Gesellschaft«, gegenseitig »ergänzen«, wenn Polen seine heutige »zivilisatorische Chance« nutzen wolle. Als Herausforderungen für die Zukunft nannte der Präsident vor allem die Infrastruktur, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen und das Rentensystem. Bei der »Modernisierung des Landes« werde er Regierung und Parlament ein Verbündeter sein.

Akzente der Präsidentschaft

Nach außen solle Polen »den Alten Kontinent stärken, inspirieren und dynamisieren« sowie das Weimarer Dreieck (Polen, Deutschland, Frankreich) stärken. Die Beziehungen zu Deutschland und Frankreich spielten »für europäische Stabilität und Zusammenhalt, aber auch für die Lage unseres Landes eine Schlüsselrolle«. An zweiter Stelle nannte Komorowski die »enge Beziehung zu den Vereinigten Staaten und das transatlantische Band«. Es folgten die Zusammenarbeit mit der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn), mit Ländern wie der Ukraine, die in die EU streben, und mit Russland – den gerade hier »begonnenen Prozess der Annäherung und Versöhnung« wolle er fördern. Auch die »große Familie« der Auslandspolen könne unverändert auf Polens Hilfe zählen.

Ende August legte sich Komorowski in Sachen Afghanistan-Einsatz fest: Polen solle ihn möglichst »bis Ende 2012 beendet haben«. Seine ersten Auslandsreisen unternahm der Präsident – nach einer halb privaten Reise nach Litauen – Anfang September nach Brüssel, Paris und Berlin. Die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks stand dabei im Vordergrund, darüber hinaus bei seinem Besuch in Deutschland die Geschichtspolitik: Komorowski überreichte in Berlin zehn Deutschen Auszeichnungen, die vor 1989 die verbotene Gewerkschaft »Solidarność« unterstützt hatten, und gedachte im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen des dort ermordeten polnischen Generals Stefan Grot-Rowecki der Heimatarmee (*Armia Krajowa* – AK). Allgemein vermied der Präsident kontroverse Stellungnahmen.

Betrachtet man seine Aussagen im Wahlkampf und danach, lassen sich einige weitere Akzente herausarbeiten. Im Wahlkampf hatte Komorowski von der anstehenden »dritten großen Tranche der Reformen nach den Regierungen Tadeusz Mazowieckis und Jerzy Buzeks« (1989/90 und 1997–2001) gesprochen, aber auch dafür plädiert, sich vor den Parlamentswahlen 2011 »auf einige Fragen zu konzentrieren, die kein politisches Risiko bergen, zum Beispiel im Bereich der Innovativität und der Wissenschaft«. Die Sanierung des gebrechlichen staatlichen Gesundheitswesens hat er im Wahlkampf als wich-

tige Aufgabe, vielleicht auch schon für die allernächste Zukunft, bezeichnet (Kaczyński hatte dieses Reizthema mit Erfolg in den Wahlkampf eingebracht), doch konkrete Vorschläge bis heute noch nicht geäußert. An manche weltanschaulich heiklen Fragen wie die bestehende Abtreibungsregelung will Komorowski nicht rühren. Eine klare Position gegen Kaczyński und die Amtskirche bezog er jedoch im Wahlkampf in der Frage der In-vitro-Fertilisation, die rechtlich geregelt werden müsse – »Ich bin für das Leben, also auch für die Methode in vitro«.

Arbeitsfelder

Die Regierung kann sich weiterhin im Licht einer guten wirtschaftlichen Lage sonnen. Nachdem das Wirtschaftswachstum 2009 mit 1,8 Prozent die Spitzenposition in der EU markiert hatte, setzte es sich im ersten Halbjahr 2010 mit 3,1 Prozent (so die Schätzung der Regierung) fort. Auch weitere Kennziffern (Juli: Arbeitslosigkeit 11,4 Prozent, Inflation im Jahresvergleich 2 Prozent; starker Anstieg des Exports und der ausländischen Direktinvestitionen) stimmten optimistisch. Doch es gab auch Anzeichen der Krise: Die Einkünfte des öffentlichen Budgets sanken im ersten Quartal 2010 im Jahresvergleich um 13,2 Prozent, während die Ausgaben um 3,6 Prozent stiegen. So beschloss die Regierung unter Donald Tusk, die Mehrwertsteuer für viele Waren und Dienstleistungen von 2011 an für drei Jahre von 22 auf 23 Prozent zu erhöhen. Ob die gute Entwicklung der Wirtschaft bei gleichzeitig schwieriger Lage der Staatsfinanzen den Eifer für schwierige Reformprojekte beflügelt oder eher zu Nichtstun und Steuererhöhungen verleitet, darüber lässt sich trefflich streiten.

Nicht vergessen werden sollte, dass Warschau vor schwierigen und weitreichenden energiewirtschaftlichen Entscheidungen steht. Seit Monaten wartet ein russisch-polnischer Vertrag über die russischen Erdgaslieferungen bis 2037 auf die Unterschriften, doch hat Brüssel Einspruch erhoben: Er verstoße gegen EU-Recht und gebe dem russischen Gazprom-Konzern eine Monopolstellung in Polen. Zugleich streiten Warschau und Berlin über die Verlegung der deutsch-russischen Ostseepipeline quer durch die Zufahrt zum polnischen Hafen Swinemünde (*Świnoujście*): Warschau fordert – auch nach ersten Zugeständnissen der deutschen Seite – eine tiefere Verlegung der Leitung in den Meeresboden, weil Polen bis 2014 ein Terminal für Flüssiggas-Tanker im Hafen baut, dessen Zugang gewährleistet sein muss. Ein drittes Problem bereitet die größte polnische Auslandsinvestition, die seit 2006 dem Orlen-Konzern gehörende Raffinerie im litauischen *Mažeikiai*. Nachdem Russland »wegen technischer Defekte« vor drei Jahren die Öllieferungen an die Raffinerie gestoppt hatte, ist die Anlage offenbar unrentabel und Orlen denkt nach eige-

nen Angaben darüber nach, sie zu verkaufen – wobei ein russischer Konzern das Rennen machen könnte.

Ein weiteres Ereignis dieses Jahres werden die Kommunal- und Regionalwahlen sein, die im November stattfinden werden. Allerdings schlägt sich die Landes- und Parteipolitik nicht direkt in den Ergebnissen solcher Wahlen nieder, schon gar nicht bei der Direktwahl der Oberbürgermeister. In den größten Städten des Landes kandidieren vielfach recht beliebte Amtsinhaber. Viele können sich gute Chancen ausrechnen, im Amt bestätigt zu werden, so zum Beispiel in Warschau, Danzig, Breslau, Kattowitz und Krakau.

Und weiter?

Sachfragen hin, Personalfragen her – wichtig bleibt für große Teile der Öffentlichkeit bis heute der Umgang mit der Katastrophe von Smolensk, die Aufklärung der Ursachen, das Gedenken an die Opfer. Hier liegt unverändert ein Minenfeld, und hier kam in den vergangenen Monaten mehr als anderswo die katholische Kirche ins Spiel (vgl. Polen-Analysen Nr. 74 <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen74.pdf>). Wie heikel diese Themen sind, war gleich zweimal zu sehen: Bei der Entscheidungsfindung, wo das Präsidentenpaar Lech und Maria Kaczyński zu begraben sei, und drei Monate später im Streit um das Holzkreuz vor dem Präsidentenpalast in Warschau, das im Gedenken an die Opfer des Unglücks direkt nach der Katastrophe errichtet worden war. In beiden Fällen schoben die Amtskirche und die Politik die Entscheidung wie einen Schwarzen Peter hin und her. Beim ersten Mal, im April, musste es schnell gehen: Nach wenigen Tagen verkündete Kardinal Stanisław Dziwisz, der beliebteste Kirchenführer des Landes, das Präsidentenpaar werde in der Gruft der Kathedrale auf der Krakauer Wawel-Burg beigesetzt, im Pantheon des Landes, wo Dziwisz als Krakauer Erzbischof Hausherr ist. Diese Entscheidung sei gefallen, sagte Dziwisz, um »zu vereinen, nicht zu spalten«. Für kurze Zeit kam es zu Protesten überwiegend junger Menschen, doch dann hatte das Land im Großen und Ganzen seinen Frieden mit dieser Entscheidung gefunden.

Ganz anders verlief die Entwicklung in der Frage, wie mit dem schlichten Holzkreuz vor dem Präsidialamt und überhaupt mit dem Gedenken in Warschau zu verfahren sei. Hier kam es im August zu Ausschreitungen vor dem Präsidentenpalast. Polen musste – wie manche andere, »ältere« Demokratie auch – die Erfahrung machen, dass einige hundert Demonstranten genügen, um die Staatsgeschäfte zu blockieren oder in eine

andere Richtung zu lenken. Es lief darauf hinaus, dass die Behörden den Palast inklusive Kreuz mit fest installierten Barrieren umgaben und alle Fußgänger vor dem Gebäude auf die andere Straßenseite verwiesen. Inzwischen wurde das Kreuz vom Vorplatz in die Kapelle des Präsidentenpalastes umgesetzt. Wie wird es in dieser Frage weitergehen?

Das dürfte zum großen Teil von der Entwicklung in der *PiS* abhängen. Die Partei Kaczyńskis erlebt seit den Wahlen im Juli einen Richtungsstreit, wie sie ihn bisher nicht kannte. Offenbar will sich der Parteichef noch mehr als bisher auf eine kleine Gruppe von »Falken« stützen (darunter Zbigniew Ziobro, Antoni Macierewicz), während die »Tauben« aus dem Wahlkampfstab, die für das unerwartet gute Wahlergebnis verantwortlich waren (Joanna Kluzik-Rostkowska, Paweł Pomyja), ja selbst engste Mitstreiter des toten Lech Kaczyński (Elżbieta Jakubiak) öffentlich gerüffelt werden, nicht zuletzt wegen zu selbständiger Äußerungen. Jarosław Kaczyński hat sich dazu hinreißen lassen, sogar die Legitimität des »Herrn Komorowski« als gewählten Präsidenten in Frage zu stellen. Die inzwischen zu hörende Prognose, *PiS* drohe ins Sektiererische abzugleiten, ist vermutlich richtig, ebenso wie die in den polnischen Medien zitierte Aussage einer Warschauer Psychologin, Jarosław Kaczyński habe bis zur Wahl eine Phase des Verdrängens und der Selbstbeherrschung erlebt, während jetzt das Trauma des Verlusts seiner privat und politisch engsten Weggefährten in Smolensk aggressiv durchschlage. Dagegen scheinen die Regierung unter Ministerpräsident Tusk und die von ihm geführte Partei *PO* geradezu eine Insel der Stabilität zu sein, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass mit Präsident Komorowski und dem neuen Sejmarschall Grzegorz Schetyna, der nicht als bedingungslos loyal gegenüber dem Parteichef gilt, zwei neue Machtzentren neben Tusk entstanden sind. Eine am 8. September veröffentlichte Umfrage zeigt, dass die Polen nach Smolensk nicht wesentlich anders auf eine aggressive Kaczyński-Partei reagieren als vor Smolensk: 52 Prozent würden heute die regierende *PO* wählen, nur 35 Prozent *PiS*. (Ferner acht Prozent die linke *SLD*, drei Prozent die mitregierende *PSL*.) Die Vermutung liegt nahe: Wenn Kaczyński seinen harten Kurs fortsetzt, wird die Schere zwischen *PO* und *PiS* weiter auseinandergehen, selbst eine neue Parteigründung durch frustrierte *PiS*-Politiker erscheint denkbar. Eine ungewöhnliche Lage: Polen hätte mittelfristig keine große, handlungsfähige und wirklich ernstzunehmende Oppositionspartei.

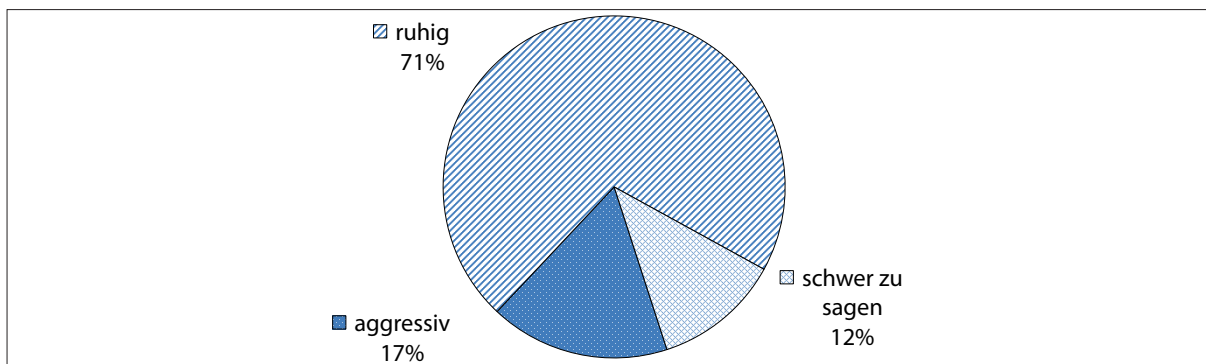
Über den Autor

Dr. Gerhard Gnauck, Historiker und Politologe, ist Korrespondent der Zeitung »Die Welt« für Polen, die Ukraine und das Baltikum.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

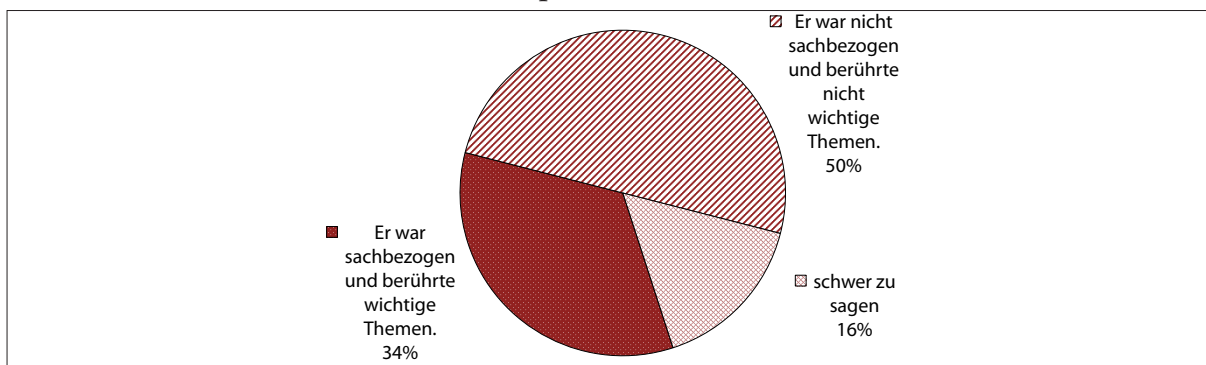
Bewertungen der Präsidentenwahl und der Lage in Polen

Grafik 1: Wie war Ihrer Meinung nach der Wahlkampf vor den letzten Präsidentschaftswahlen?



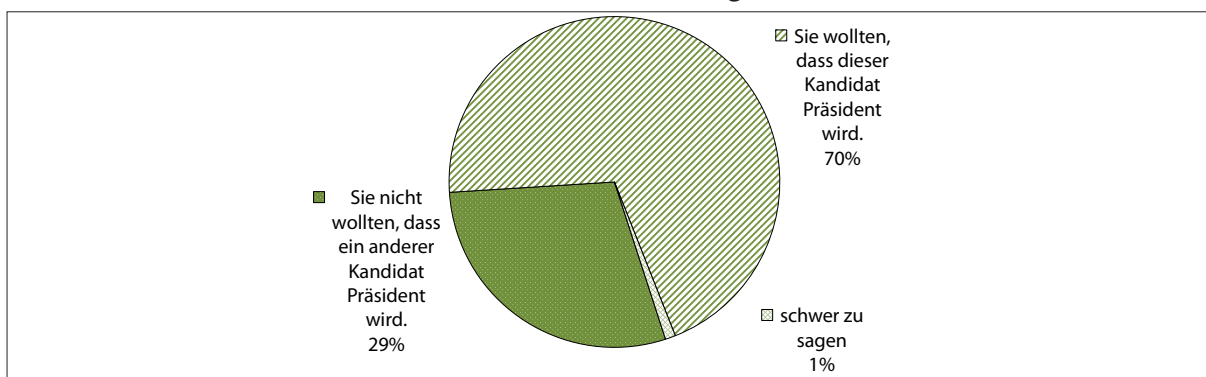
Quelle: CBOS BS/107/2010 Nieagresywna, ale mało rzeczowa – ocena kampanii przed wyborami prezydenckimi [Nicht aggressiv, aber wenig sachbezogen. Die Kampagne vor den Präsidentschaftswahlen.]. Warszawa 07/2010. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie bewerten Sie den Wahlkampf vor den letzten Präsidentschaftswahlen?



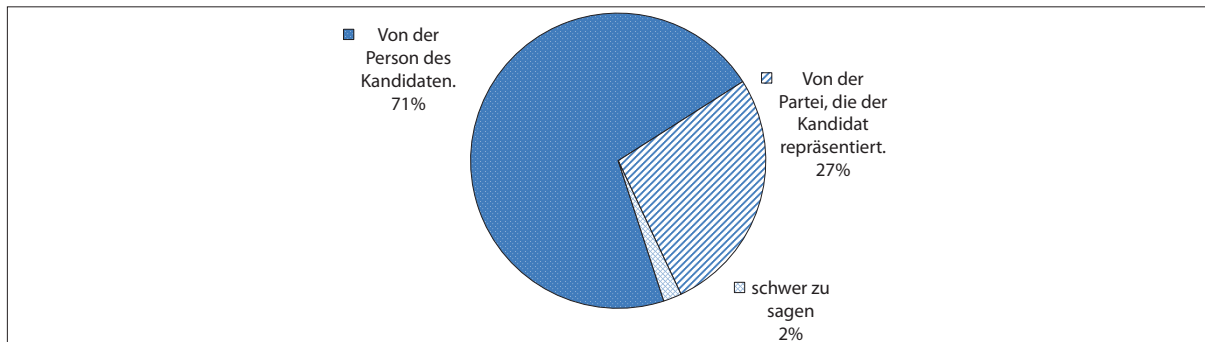
Quelle: CBOS BS/107/2010 Nieagresywna, ale mało rzeczowa – ocena kampanii przed wyborami prezydenckimi [Nicht aggressiv, aber wenig sachbezogen. Die Kampagne vor den Präsidentschaftswahlen.]. Warszawa 07/2010. www.cbos.pl

Grafik 3: Haben Sie für den Präsidentschaftskandidaten gestimmt, weil ...



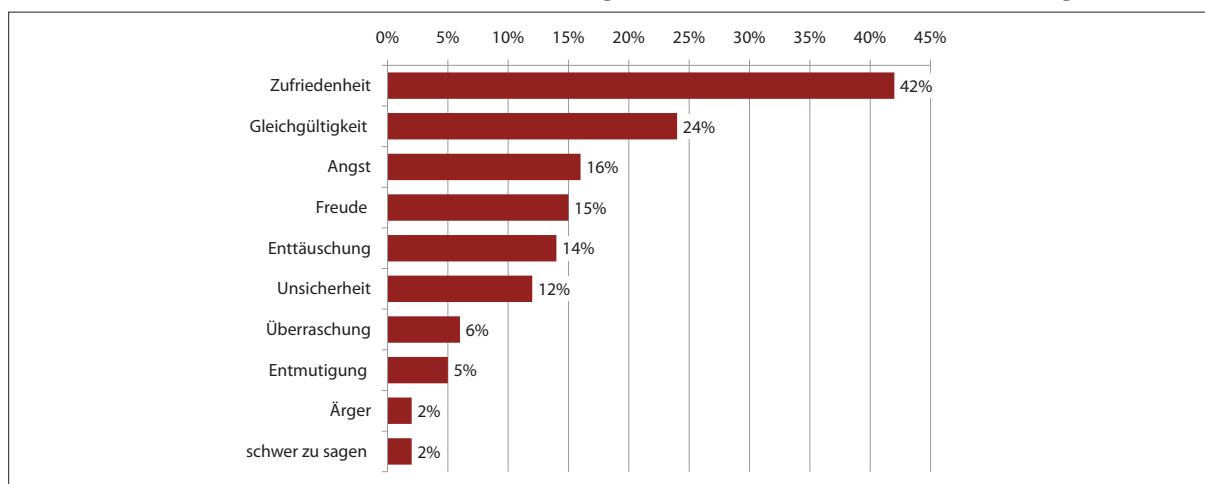
Quelle: CBOS BS/110/2010 Po wyborach prezydenckich [Nach den Präsidentschaftswahlen.]. Warszawa 08/2010. www.cbos.pl

Grafik 4: Wovon haben Sie sich beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vor allem leiten lassen?



Quelle: CBOS BS/110/2010 Po wyborach prezydenckich [Nach den Präsidentschaftswahlen]. Warszawa 08/2010. www.cbos.pl

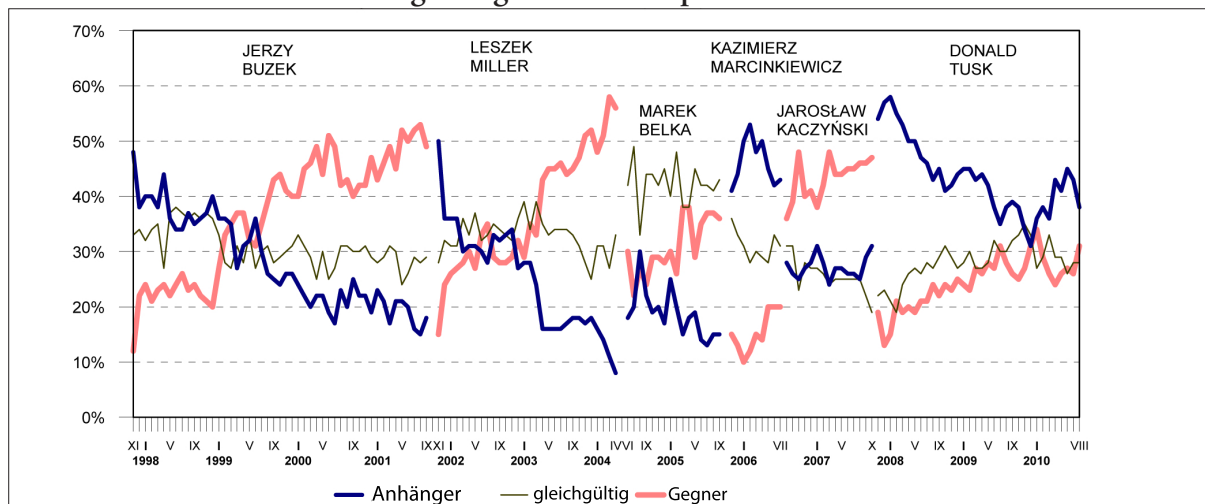
Grafik 5: Mit welchen Gefühlen haben Sie das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen aufgenommen?*



*Die Summe ergibt mehr als 100 %, da die Befragten mehrere Antworten geben konnten.

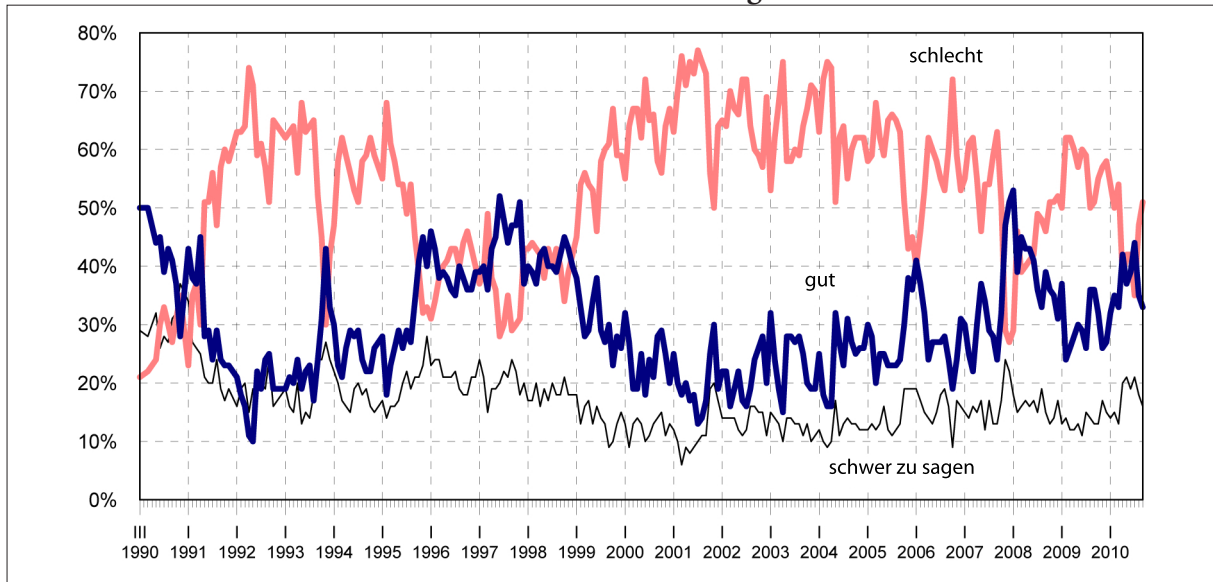
Quelle: CBOS BS/110/2010 Po wyborach prezydenckich [Nach den Präsidentschaftswahlen]. Warszawa 08/2010. www.cbos.pl

Grafik 6: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsident ...



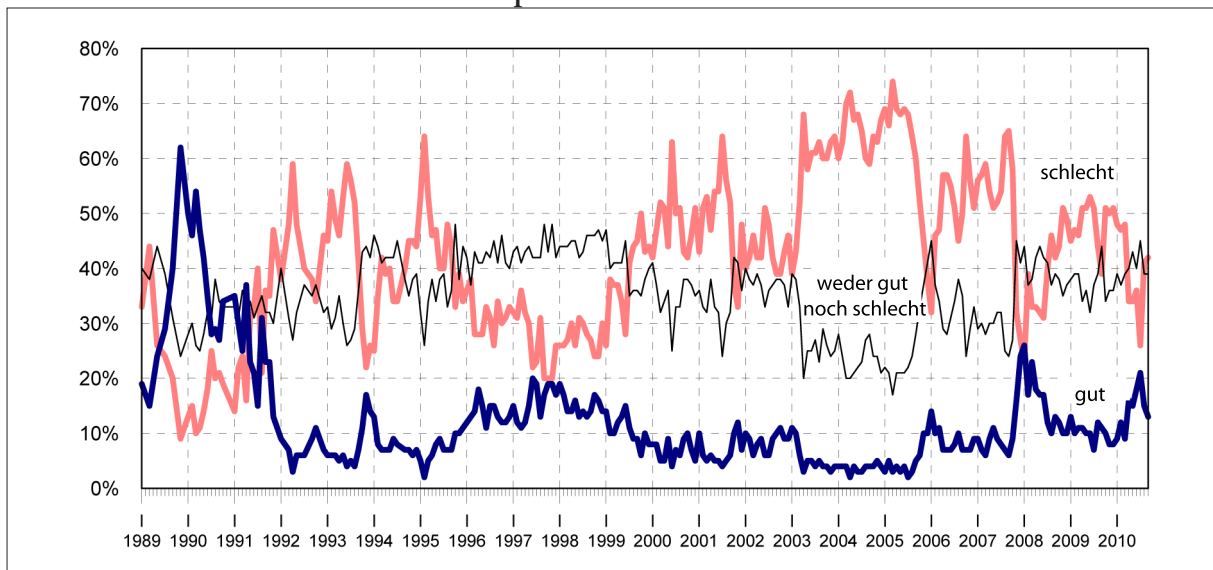
Quelle: CBOS BS/113/2010 Stosunek do rządu [Das Verhältnis zur Regierung]. Warszawa 08/2010. www.cbos.pl

Grafik 7: Wie entwickelt sich die Situation in Polen im Allgemeinen?



Quelle: CBOS BS/123/2010. Nastroje społeczne we wrześniu [Die gesellschaftliche Stimmung im September]. Warszawa 09/2010. www.cbos.pl

Grafik 8: Wie bewerten Sie die aktuelle politische Situation in Polen?



Quelle: CBOS BS/123/2010. Nastroje społeczne we wrześniu [Die gesellschaftliche Stimmung im September]. Warszawa 09/2010. www.cbos.pl

Vom 7. September bis zum 20. September 2010

07.09.2010	Staatspräsident Bronisław Komorowski enthüllt in der Kapelle des Präsidentenpalastes in Warschau eine Gedenktafel für den ehemaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und seine Ehefrau sowie für die Angehörigen der Präsidiakanzlei, die beim Flugzeugabsturz von Smolensk im April tödlich verunglückten. Seit Monaten wird über das angemessene Gedenken an die 96 Opfer des Unglücks gestritten.
07.09.2010	Das Finanzministerium veröffentlicht den von der Regierung verabschiedeten Haushaltsentwurf, der den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband zur Konsultation vorgelegt wurde. Darin wird von einem Wirtschaftswachstum von 3,5 % im Jahr 2011 ausgegangen (gegenüber 3 % im Jahr 2010) sowie von einem Haushaltsdefizit von 40,2 Mrd. Zloty.
08.09.2010	In Krynica beginnt das viertägige XX. Wirtschaftsforum, das sich u. a. mit Fragen der internationalen Politik, der Energiepolitik, der Weltwirtschaftskrise, der Justiz und der Gesundheitsversorgung beschäftigt. Zu den über 2.300 Teilnehmern aus über 60 Ländern gehören Staatspräsident Bronisław Komorowski, der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak, der Präsident der Polnischen Nationalbank, Marek Belka, und der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski.
08.09.2010	Die Abgeordnete von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Elżbieta Jakubiak, Mitglied des Wahlkampfstabs für die zurückliegende Präsidentschaftswahl von Jarosław Kaczyński (PiS), wird suspendiert. Es wird vermutet, dass kritische Äußerungen Jakubiaks über Kaczyński in Interviews den Grund geliefert haben.
09.09.2010	Nach Angaben des neuesten »Global Competitiveness Report 2010–11«, der jährlichen Untersuchung des Weltwirtschaftsforums, die die Wettbewerbsfähigkeit der Länder anhand mehrerer Dutzend Indikatoren vergleicht, ist Polen um sieben Plätze auf Rang 39 gestiegen.
10.09.2010	Gesundheitsministerin Ewa Kopacz teilt auf dem XX. Wirtschaftsforum in Krynica mit, dass eine derzeit erarbeitete Gesundheitsreform u. a. vorsieht, die Facharztausbildung zu verkürzen, und die lokalen Selbstverwaltungen vor die Wahl stellt, entweder für die Schulden ihrer Krankenhäuser aufzukommen oder diese in Gesellschaften umzuwandeln. Außerdem werde auch ein Gesetzentwurf für freiwillige Zusatzversicherungen erarbeitet.
13.09.2010	Der Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Sławomir Nowak nimmt das Angebot von Staatspräsident Bronisław Komorowski an, als Minister der Präsidiakanzlei für den Kontakt zwischen Präsident und Regierung und Parlament verantwortlich zu sein.
14.09.2010	Der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Mariusz Błaszczak, teilt mit, dass er Sejmmarschall Grzegorz Schetyna ersucht habe, auf der nächsten Sejmsitzung eine Regierungserklärung zum Stand der Verhandlungen über den Gasliefervertrag zwischen Polen und Russland anzuberaumen. Außerdem habe er einen Brief an die Staatsanwaltschaft mit der Bitte geschickt, zu überprüfen, ob die Verhandlungen juristisch einwandfrei verlaufen seien. Darüber hinaus erwäge PiS, ein Misstrauensvotum gegenüber Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak in dieser Angelegenheit zu beantragen.
15.09.2010	Ministerpräsident Donald Tusk gibt den Termin für die Selbstverwaltungswahlen bekannt, die am 21. November und 5. Dezember stattfinden sollen. Zur Wahl stehen ca. 46.000 Gemeinderäte, 100 Stadtpräsidenten, 800 Bürgermeister und 1.600 Gemeindevorsteher.
15.09.2010	Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, teilt mit, dass für das Amt der EU-Botschafter in Jordanien und Südkorea zwei Polen, Joanna Wronecka (Amman) und Tomasz Kozłowski (Seul), nominiert wurden.
16.09.2010	Der Chef der Präsidiakanzlei, Jacek Michałowski, teilt mit, dass das Kreuz zum Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk vom Vorplatz des Präsidentenpalastes in die Kapelle umgesetzt worden sei. Dort solle es bleiben, bis es, wie zwischen der Präsidiakanzlei, der Warschauer Kurie und den Pfadfinderverbänden vereinbart, in die Sankt-Anna-Universitätskirche verbracht wird.
16.09.2010	Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Beauftragte für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, Cornelia Pieper, kritisiert im ARD-Morgenmagazin die Äußerungen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CDU-Vorstandsmitglieds Erika Steinbach über den ehemaligen Auschwitz-Häftling und polnischen Außenminister Władysław Bartoszewski, derzeit Staatssekretär für den Internationalen Dialog beim Ministerpräsidenten, als sehr schädlich. Frau Steinbach sei in ihrem Auftreten nicht hilfreich für das Ansehen der deutschen Außenpolitik. Hintergrund ist ein Interview Frau Steinbachs für die ARD, in dem sie Bartoszewski einen schlechten Charakter zuschreibt. In der vergangenen Woche war Frau Steinbach bereits in die Kritik geraten, weil sie in einer Klausurtagung des CDU-Vorstands umstrittene Bemerkungen von zwei BdV-Funktionären gegen Kritik in Schutz genommen hatte.

17.09.2010	Das Obergericht in Warschau entscheidet, dass Ahmed Sakajew, Ministerpräsident der tschetschenischen Exilregierung in London, aus der Haft entlassen wird. Sakajew, der zum III. Weltkongress der Tschetschenen nach Polen gereist war, war am Morgen festgenommen worden, da Russland mit internationalem Haftbefehl seine Auslieferung fordert. Eine Inhaftierung Sakajews sei nicht mit dem polnischen Recht zu vereinbaren, so der Richter Piotr Schab. Seine Auslieferung an Russland sei unzulässig, da Großbritannien Sakajew im Jahr 2003 den Flüchtlingsstatus zuerkannt habe.
18.09.2010	Sejmmarschall Grzegorz Schetyna (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) teilt mit, dass er das Angebot, das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden der PO anzutreten, annehmen werde, sollte die PO auf dem Kongress des PO-Landesrates in der kommenden Woche dem Vorschlag zustimmen. Schetyna ist derzeit Generalsekretär der Partei.
20.09. 2010	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, kündigt an, dass das Wahlprogramm der SLD für die Selbstverwaltungswahlen im November von den lokalen Vertretern der Partei gemeinsam mit den Wählern erstellt werden soll. Zu diesem Zweck seien Umfragen entwickelt worden, die zeigen sollen, welche politische Schwerpunktsetzung die Einwohner für ihre Stadt, Gemeinde und Woiwodschaft erwarten.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Die Polen-Analysen werden gefördert von



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen